

II- 1995 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10191J

1977 -03- 02

A n f r a g e

der Abgeordneten PETER, DVw. JOSSECK
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Bundestheatergesetz

Meldungen der Tagespresse ist zu entnehmen, daß das Defizit der
Bundestheater 1977 die Höhe von 946 Millionen Schilling erreichen wird,
was eine durchschnittliche Subvention pro Sitz, Abend und Vorstellung
von 520 Schilling notwendig macht.

Sollten die Steigerungsraten der Abgänge beibehalten werden, ist damit
zu rechnen, daß im Budgetjahr 1978 das Defizit der Bundestheater erst-
malig die Milliardengrenze überschreiten wird.

Im Zusammenhang mit dieser den Staatshaushalt belastenden Subvention
erscheint es befremdend, daß seitens des zuständigen Bundesministeriums
für Unterricht und Kunst keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden,
der Kostenexplosion durch entscheidende legistische Maßnahmen bzw.
Reorganisation des Verwaltungsapparates entgegenzuwirken.

Dazu sollte in erster Linie der von der Bundesregierung am 16.4.1974
im Ministerrat verabschiedete Entwurf eines Bundestheatergesetzes dienen,
von dem der Ressortminister gegenüber der Zeitung "Die Presse" fest-
gestellt hat, "man könne dabei von einem historischen Augenblick
sprechen, da man sich viele Jahre vergeblich bemüht habe, die kamme-
ralistische Verwaltung auszuschalten". Durch die Umwandlung der Rechts-
form der Bundestheater in einen Fonds sollte der Grundsatz der Spar-
samkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit gewährleistet
werden.

- 2 -

Angesichts der weiteren Steigerung des Defizits und der noch immer fehlenden gesetzlichen Grundlagen zur Führung des Theaterkonzerns richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst die

A n f r a g e :

1. Wann wird dem Nationalrat nunmehr ein Entwurf betreffend Bundestheatergesetz zugeleitet werden?
2. Sollte dies nicht beabsichtigt sein, welche anderen legistischen Maßnahmen für die Bundestheater planen Sie in der laufenden Legislaturperiode?
3. Welche konkreten Gründe lagen vor, die seinerzeit fertiggestellte Regierungsvorlage keiner weiteren Behandlung zuzuführen?

Wien, 1977-03-02